

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Einzelheftpreis die Hefen 10 Pf. Colophonzeitung für Arbeiterbesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 588. Inhalt der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aleynige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 45.

Duisburg, den 10. November 1917.

18. Jahrgang.

Der vierte deutsche Arbeiterkongress

Die imposante Tagung des vierten Deutschen Arbeiterkongresses in Berlin, um den die gewaltige Zeit, in der wir leben, und die Größe der Ereignisse eine feierliche, erhebende Stimmung woben, war getragen von dem lebendigen Gefühl, das durch jedes deutsche christliche Arbeiterherz strömt, die gesamten Kräfte einzusetzen für Vaterlandsgröße, Standesbewußtsein und Standesrechte. Männer aus Eisenwerken und Gruben, Handarbeiter, Schneider, Textilarbeiter, Bauarbeiter, welcher Arbeiterkategorie sie auch immer angehören mögen, jede Gruppe hatte ihre Vertreter da, um mitzuraten und mitzuwirken und von dem Strom frischen, starken Geistes der Mitgliedschaft mitzuteilen. Viele trugen das Eisenerz; manche waren im höchsten Soldatenrock herbeigekleidet, um aller Herzen schlang sich das einigende Band des christlich-nationalen Gedankens.

Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 11 Uhr, eröffnete im Lehrerbereichshaus an Stelle des schwer erkrankten Vorsitzenden Kollegen Reichstagsabgeordneten Behrens der Kollege Generalsekretär Siegerwald den Kongress und begrüßte die Delegierten, die insgesamt 1,5 Millionen Mitglieder vertraten, von denen sich rund 750 000 beim Heerde befinden, und hieß besonders die Ehrengäste willkommen.

Als Ehrengäste waren erschienen: In Vertretung des Reichskanzlers der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. Schwander, des Kriegsministers und der Obersten Heeresleitung der Chef des Kriegsamtes Generalmajor von Scheuch, Unterstaatssekretär Dr. v. Braun vom Kriegs-ernährungsamt, mehrere Vertreter des Reichsamtes des Innern, als Vertreter der konservativen Reichstagsfraktion Graf Westarp, der deutschen Fraktion die. Mann, des Zentrums Dr. Pieper, der nationalliberalen Fraktion Jäger, der fortschrittlichen Volkspartei Weinhausen.

Kollege Siegerwald entwarf zunächst ein Bild der Entwicklung der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Auf dem ersten Arbeiterkongress, der 1903 in Frankfurt a. M. tagte, waren 600 000 Arbeiter vertreten. Dieser erste Kongress sollte zeigen, daß neben der Sozialdemokratie noch eine mächtige Arbeiterbewegung besteht, die eine Eingliederung der deutschen Arbeiterschaft in den Staatsorganismus erstrebt und an der Förderung der Sozialpolitik mitwirkt. Es wurde schon damals betont, daß eine gewaltsame Niederschlagung der Sozialdemokratie, die sich außerhalb des Staates stelle, nie zu erreichen ist. Sie kann vielmehr nur durch die Arbeiterschaft selbst überwunden werden. 1907 fand der zweite Arbeiterkongress in Berlin unter der Aera Willow statt. Auf diesem waren eine Million Arbeiter vertreten. Ebenso wie 1903 galt auch hier die nachdrückliche Betonung der Fortführung der Sozialpolitik. Schon auf dieser Tagung wurde von dem damaligen Staatssekretär des Innern und späteren Reichskanzler von Bethmann-Hollweg die Gleichberechtigung und Einordnung des Arbeiterstandes in die bestehende Gesellschaftsordnung als die wichtigste Aufgabe hingestellt. 1913 trat der Deutsche Arbeiterkongress zum dritten Male zusammen. Die Sozialdemokratie hatte bei der Reichstagswahl 1912 einen großen Sieg errungen. Dies hatte — wie stets — eine große Reaktion zur Folge. Die Gegner der Sozialpolitik fanden auf, besonders in dem Kartell der schaffenden Stände und verlangten Stillstand der Sozialreform. Die deutsche Industrie läßt eine weitere Förderung der Sozialpolitik nicht ertragen. In dieser Situation war es der Deutsche Arbeiterkongress, der weit vernehmlich die Rechte und Forderungen der Arbeiter verhandelte und eine energische Fortführung der Sozialreform verlangte. Die Zeit der Auswirkung dieses Kongresses war aber zu kurz. 10 Monate später brach der Krieg aus. Auch der diesmalige Kongress fällt in eine unerquickliche Zeit. Durch den Streit über die Kriegsziele ist eine Zerküftung in unserem Volkleben eingetreten. So wie in den letzten Wochen und Monaten kann es nicht weitergehen. Soll das deutsche Volk sich von der Geschichte sagen lassen, daß es im Endabschnitt seines Kampfes um die Existenz im Innern in Streit geriet und seinen Kampf um die Weltgeltung nicht durchführen konnte? Der deutsche Arbeiter würde dabei am meisten zu verlieren haben. Daher ist der deutsche Arbeiter berufen eine Warnungstafel aufzurichten und zu erklären, daß man im deutschen Volk das ewige Kriegszielgerede gründlich satt hat. Aber auch das aufbringliche Friedensgerede hat uns dem Frieden noch um keinen Schritt näher gebracht. Maßvoller als Herr von Kühlmann konnte kein Staatsmann sprechen. Und der Erfolg? Selbst wenn wir heute Elaf-Bohrkrigen preisgeben wollten, würden die Feinde das linke Rheinufer und schließlich noch die Aufrichtung einer demokratischen Republik verlangen. In dieser Lage ändern wir auch nichts durch internationale Friedensbestrebungen, die uns das Ausland nur als Schwäche auslegt. Die wirtschaftlichen Kräfte müssen zusammengefaßt und moralisch gestärkt werden, damit wir länger aushalten als unsere Feinde. Nicht Spaltung, sondern Sammlung der Kräfte ist das Gebot der Stunde. Ein entschlossenes Volk, frei im Innern, stark

nach Außen, das muß von unten aus dem Volke kommen, denn Wahnungen von oben, selbst von Hindenburg, haben oft nichts genützt. Es ist ein unerträglich Zustand, daß das Heer heute die Heimat rücken muß, es sollte umgekehrt sein. Wir sind auch der Ansicht, daß in unserem Staatsleben nicht alles so ist, wie es sein sollte. Im ganzen sind wir aber nicht gewillt, unsere Verhältnisse mit englischen oder amerikanischen Zuständen zu vertauschen. Wir sind Mannsgenug, unsere Verhältnisse im Innern nach unseren Bedürfnissen selbst einzurichten. Einen Treubruch gegen Kaiser und Landesfürsten weisen wir weit zurück. Das mögen sich die Herren in Washington sagen lassen: wie sind mit dem Kaiser und dem Fürsten in den Krieg gezogen und kehren Seite an Seite mit ihnen zurück. Die Arbeiter werden in dem bevorstehenden Abschnitt des Kampfes ihre letzte Kraft herzugeben haben, damit uns ein guter Friede gesichert werde. Von den 1913 auf dem dritten deutschen Arbeiterkongress vertreten gewesenen Arbeitern haben 75 000 den Heldentod gefunden.

An den Kaiser und Hindenburg wurden darauf Ergebenheitstelegramme abgeschickt.

Staatssekretär Dr. Schwander übermittelte dem Kongress Grüße und Wünsche des Reichskanzlers und richtete an die Versammlung eine mit starkem Beifall aufgenommene Ansprache: Halten wir fest, was uns bisher unüberwindlich gemacht hat, das unerschütterliche Vertrauen in unsere Kraft und das feste Zusammenhalten und die treue Pflichterfüllung im Innern. Nach außen wird unser unüberwindliches Heer und unsere stolze Marine dem Feinde wie bisher den deutschen Willen mit schweren Schlägen verkräftigen. Wir dabeingehalten haben jeder an seinem Platte in zusammengefaßter Kraft und opferfreudiger Hingabe an das Volksganze zu arbeiten und zu wirken und, wenn es sein muß, zu entbehren.

Mit freudigem Stolz können wir sagen, daß die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche Angestelltenchaft in dem Kampfe um den heimatischen Boden und die deutsche Ehre sich glänzend bewährt haben. Unsere Feinde brühten sich jetzt damit, uns auch nach dem Kriege wirtschaftlich abzuschließen. Wir müssen das Unferige tun, um diese Niedertracht für unser Land unschädlich zu machen. Jeder hat seine Pflicht, und ich werde nicht mißverstanden werden, wenn ich sage, daß diese Pflicht keineswegs nur dann erfüllt werden wird, wenn in Zukunft auch nicht eine Stunde der kostbaren Arbeitszeit ohne Erzeugung wirtschaftlicher Werte vorübergeht.

Wenn wir auf sozialpolitischem Gebiete auch schon glückliche Einrichtungen aufzuweisen haben, so werden wir zu deren Fortsetzung auch weiterhin keine Anstrengungen scheuen dürfen, und ich kann erklären, daß dies auch die Meinung des Reichskanzlers ist. Der Vorwurf, daß unser Fortschritt auf sozialem Gebiete sich in einem zu raschen Tempo bewegte, kann nach diesem Krieg doch wirklich nicht mehr erhoben werden. Ein Programm der kommenden Sozialpolitik will ich nicht aufrollen. Ich will nur sagen, daß wir heute ernstlich prüfen, wie es möglich sein wird, das Arbeiterrecht frei von unnötigen Hemmungen auszugestalten, dem Arbeiter und dem Angestellten die Mitwirkung und Vertretung im Staatsleben zu kommen zu lassen, wie sie andere Berufsstände bereits besitzen, und die gesellschaftlichen Grundlagen ihrer Berufs- und Organisationsarbeit den Bedürfnissen der Zeit anzupassen, und daß diese Prüfung sich gründen muß auf der Überzeugung von dem Wert der Mitarbeit der Berufsverbände aller Art, wie wir ihn während des Krieges hoch einschätzen gelernt haben; aber nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für den kommenden Wiederaufbau und die Fortsetzung der Friedensarbeit.

Generalmajor Scheuch sprach dem Vorsitzenden Dank aus für die Worte der Anerkennung, die er den tapferen Truppen und ihren Führern gezollt habe. Er fuhr dann fort: Niemand hat die Weimarmee geleitet. Die Feinde haben jetzt auf Schlechtmwegen unsere Einigkeit zu erschüttern und Miß- und Kleinmut zu erregen. Da heißt es: Weg damit, meine Herren! Draußen heult der Sturm. Als ich heute morgen bei der Obersten Heeresleitung anfragte: Wie steht es am Fronzo? ließ es kurz: Ausgezeichnet. An unserem festen Willen, an der deutschen Widerstandskraft muß das Gebären unserer Feinde scheitern. So fest wie unsere Front in Ost und West muß es einig im Innern sein, und eine große Arbeiterkameradschaft muß geschaffen werden, die sicher und zielbewußt sich einsetzt für einen deutschen Sieg. Den Kleinmütigen sei zugerufen: Noch steht zum Schutz eurer Interessen deutsches Blut, noch darf daheim keine Stunde geraubt werden. Das ist Sünde an deutschem Blut. In diesem Geiste wünsche ich ihrer Kriegstauna reichen Erfolg.

Nachdem Unterstaatssekretär von Braun vom Kriegs-ernährungsamt und die Vertreter der Fraktionen Wort der Begrüßung gesprochen hatten, hielt Kollege Generalsekretär Siegerwald sein Referat über

„Deutschlands Arbeiterschaft im Entscheidungstadium des Weltkrieges.“

Heute besonders gelte es vor allem, jeden Gedanken auf eine glückliche Beendigung des Krieges hinzurichten. Neben der Zurückdrängung des Kriegszielgebietes müsse jedoch für vielerlei Sorge getragen werden. Zunächst für die Schaffung politischer Rechtsgleichheit; mit der Klassenungleichheit müsse aufgeräumt werden, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen müsse baldigst beseitigt werden. Not tue ferner die Beseitigung der Beschränkungen der Koalitionsfreiheit und die Schaffung von Arbeitskammern. Weiter müsse auf dem Gebiete der Volksernährung alles getan werden, was möglich ist. Des Weiteren müsse ein erträglicheres Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, besonders in der Rüstungsindustrie geschaffen werden. Es müsse gelingen, die organisierten Arbeiter und Unternehmer unter dem Vorsitz eines Beamten an einen Tisch zu bringen. Die Arbeiter selbst aber müßten, wie bisher, alles daran setzen, um unser Heer schlagfähig zu erhalten, und so bald einen guten Frieden zu ermöglichen. Die deutschen Arbeiter könnten nicht zugeben, daß in Zukunft England das Herrenvolk, wir aber die Hejomen sein sollten. Durch die Arbeit der deutschen Arbeiter muß die technische Überlegenheit unserer Feinde überwunden werden. Mit aller Energie werden wir uns gegen Ruß und die Völker der Welt zu wenden. Wir müssen den Weg der Welt befreiten helfen. Die Augen ganz Deutschlands sind auf die deutsche Arbeiterschaft gerichtet. Sie wird auch in Zukunft für Vaterland und Freiheit ihre gesamte Kraft einsetzen.

Nach ihm sprach Kollege Redakteur Jons über „Anfere Bewegung und die Lebensfragen in Volk und Reich.“

Im tiefangelegter, formreicher, unfaßender Rede zeichnete der Referent ein Bild der Not und Bedrängnis des Vaterlandes und der Schlussfolgerungen, die sich daraus ergeben. Vor allen Dingen Rechtsgleichheit; die Ungleichheit müsse im neuen Deutschland verschwinden. Darum ist eine der wichtigsten Erfordernisse die Änderung des Bundtagswahlrechtes in Preußen. Wir erstreben auch eine Demokratie, aber nicht im Sinne Frankreichs oder Amerikas, uns soll die Demokratie ein Besorgnis sein, aber nicht um den Staat sein. Gott halten wir zu unserem Königtum.

Für die Zukunft ist eine gewisse Staatskontrolle in unserem Wirtschaftsleben notwendig; ebenso gewerbliche Solidarbeit unter Gleichachtung und Gleichbewertung. Die Arbeiterschaft steck die Hand aus, aber wo sind die Unternehmer, die sie ergreifen? Das Unten und Oben wollen wir nicht beseitigen, aber in jedem Volksgenossen soll der Mensch geachtet werden.

Der Klassenkampf soll überall weichen; darum müssen auch die Volksschulen befestigt werden, damit unsere Volksschulen nicht zu Armenschulen werden, und auch der Berechtigungschein zum Einjährigendienst ist in seiner heutigen Form eine Ungerechtigkeits. In der Bevölkerungsstatistik gilt nicht das Wort, sondern die Tat. Die materiellen Sorgen der kinderreichen Familien müssen gemindert werden. Gemeinkassen sind nötig, aber vor allem muß die Gestaltung geändert werden.

Reicher Beifall wurde auch die in Aufzählungen zuteil. Am Montag sprach zunächst Geschäftsführer Koch über die dringenden Aufgaben der Sozialpolitik, die Forderungen wurden in nachfolgender Resolution präzisiert:

Die staatliche Sozialpolitik hat durch den Krieg ihre glänzendste Rechtfertigung erfahren. Niemals hat eine zwingendere Notwendigkeit zu ihrer energischen Fortbildung bestanden als jetzt.

Als gewaltigstes Aufgabengebiet liegt vor uns die Regelung des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Die Arbeiter- und Angestelltenchaft muß deshalb fordern, sowohl im Reich als Reichsamtverwaltungen für Übergangswirtschaft, als auch in den sonstigen, von Reich wegen zu schaffenden zentralen und Bezirksbehörden eine ausreichende Vertretung für das Gesamtgebiet der Wiederrichtung des Wirtschaftslebens.

Um Vorfrage zu treffen, daß Angebot und Nachfrage nach Arbeitskraft und Arbeitsgelegenheit gegenseitig reich befriedigt werden können, müssen paritätisch geleitete Arbeitsnachweise errichtet, bestmögliche zusammengefaßt und in einer Reichszentrale vereinigt werden.

Für die infolge Entlassung aus dem Heere oder der Umstellung unserer Wirtschaft arbeitslos werdenden Bewöl-

ferungsmassen ist durch die Fortzahlung der staatlichen Subventionen bzw. eine Arbeitslosenunterstützung zu sorgen.

Die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Schlichtungsausschüsse sind in das baldige zu schaffende Arbeitsamtesgesetz zu übernehmen, und zwar so rechtzeitig, daß letzteres die ersteren ablöst. Die Staatsarbeiter sind darin einzubeziehen.

Mit der Einführung der Arbeitskammern ist aber die auch von höchsten Staatsstellen aus anerkannte Forderung der Arbeiterkammer nach Gleichberechtigung nicht erfüllt. Den Arbeitern und Angestellten ist im größeren Umfang als bisher die Möglichkeit zu gewähren, auf die Bedingungen des Lohn- und Arbeits- (Anstellungs-) Vertrages einzuwirken. Die Hindernisse für ein freies Koalitions- und Vereinigungsrecht müssen beseitigt werden. Für die in gemeinnützigen Betrieben tätigen Arbeiter, Beamten und Angestellten ist Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Organisation, sowie die Schaffung besonderer Einrichtungen zu fordern, die zur Mitwirkung bei Feststellung des Arbeitsvertrages berufen sind.

Die Forderung nach Vereinheitlichung und die Modernisierung des ganzen Arbeiterrechts wird erneut erhoben. Insbesondere muß für die rechtliche Behandlung der einzelnen Gruppen von Angestellten und Arbeitern nicht die jeweilige Betriebsart maßgebend sein, sondern die Art der Beschäftigung.

Der augenblicklich geltende Jugend- und Frauenschutz ist praktisch durchzuführen. Noch während des Krieges ist ein erweiterter gesetzlicher Arbeiterschutz, insbesondere für die jugendlichen und weiblichen Arbeiter, für die Zeit nach dem Kriege zu schaffen.

Das Heimarbeitgesetz muß endlich praktisch durchgeführt werden.

Die Standesgerichte sind so auszubauen, daß sie für sämtliche Streitigkeiten aller im Arbeits- oder Angestelltenverhältnis stehenden Privatpersonen wirksam werden.

Die Mitwirkung der Geeseresverwaltung in den Rentenstreitigkeiten der Kriegsschädigten muß auf die Feststellung der Dienstbeschädigung beschränkt werden. Das Rentenverfahren in allen einschlägigen Fragen soll der Reichsversicherung unterstellt werden.

Der Deutsche Arbeiterkongress erwartet, daß die Regierung und der Reichstag den sozialpolitischen Erfordernissen bald und durchgreifend gerecht werden. In Hinblick auf die erhöhte Bedeutung des Arbeitsnachweises besonders nach dem Kriege, wiederholt der Kongress die schon mehrfach ausgesprochene Forderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nach Schaffung eines Arbeitsnachweises, welches alle Arbeitsnachweise umfaßt. Insbesondere fordert der Kongress eine durchgreifende Zentralisation des öffentlichen Arbeitsnachweises, welcher der Oberaufsicht einer amtlichen Zentralinstanz zu unterstellen ist. Für die gewerbliche Arbeitsvermittlung sind in das Gesetz Bestimmungen aufzunehmen, welche jede Ausbeutung der Arbeitssuchenden abstellen. Rekrutierungsbüros sind an gemeinnützige Arbeitsvermittler nicht mehr zu erteilen. Weiter hält der Kongress eine Regelung des einseitigen Arbeitsnachweises für dringend notwendig. Er erblickt in der monopolartig gewordenen Stellung mancher für bestimmte Industriezweige (Schwerindustrie, Bergbau) wirkenden einseitigen Arbeitsnachweise eine Gefährdung des wirtschaftlichen Friedens. Vor allem ist jede vertrags- oder zwangsweise Benutzung des einseitigen Arbeitsnachweises gesetzlich zu unterbinden. Die Umstellung unseres Wirtschaftslebens vom Krieg auf den Frieden, die Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, stellen an den Arbeitsnachweis hohe Anforderungen, so daß eine umfassende Regelung durch Schaffung eines Arbeitsnachweises baldigst in die Wege zu leiten ist.

Darauf hielt Kollege Redakteur Beck-Verlin ein Referat über

die Lebensmittel- und Kostenerzeugung im vierten Kriegsjahre, für das die

Maßnahmen zu treffen seien, ebenso sei auch die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrand neben der Deckung der lebenswichtigen Betriebe sicherzustellen und energisch durchzuführen. Während der Lebensmittelpolitik sei die öffentliche Lebensmittelversorgung beizubehalten und nur allmählich abzubauen.

Die Einfuhr wichtiger Lebensmittel ist vorzubereiten, Zölle und veterinärpolizeiliche Maßnahmen bleiben bis zur Erreichung normaler Verhältnisse außer Kraft. Die für die Lebensmittelversorgung notwendigen Arbeitskräfte sind bei der Demobilisierung ehestens zu entlassen.

Dienstag, den 30. Oktober, hielt unter Vorsitz von Kollege Sieber sein vierundzwanzigstes, auf höchst wichtiges durchschlagendes Material aufgebautes Referat über

Die Lohnfrage während des Krieges.

Wir werden in der nächsten Nummer unseres Organes näher auf das Referat eingehen. Nach ihm sprach der Vorsitzende des Handlungsgewerksverbandes, Kollege Besch, über die Gehaltsfrage der Angestellten in eingehender Weise. Die Forderungen wurden bergelegt in folgender zusammenfassender Resümee:

Die durch den Deutschen Arbeiterkongress vertretenen christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten sind entschlossen, nach wie vor bereitwillig alle ihre Kräfte in den Dienst des Vaterlandes und der Produktion zu stellen, damit der Armee die nötigen Waffen und Kriegsgeräte beschafft und dem deutschen Volke das Durchhalten ermöglicht werde. Eine Gefährdung dieses Strebens erblickt der Kongress in den unaufhörlichen Preistreiberien, die die Kaufkraft des Lohnes senken, da die seither gewährten Lohnaufbesserungen keinen genügenden Ausgleich geschaffen haben. Die daraus hervorgehende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der minderbemittelten Bevölkerung schließt die Gefahr in sich, daß diese auf die Dauer erliegen muß. Der Versuch, diese Sachlage durch Preisplätzen, Wertsen- und Arbeitgeberorgane sowie durch sonstige Pressemaßnahmen zu verdecken oder gar durch teils schließliche, teils böswillige und die Deffektivität irreführende Verhandlungen über allgemein hohe Lohnsteigerungen in das Gegenteil zu verkehren, um die überspannte Leuerung auf die Arbeitssöhne abzuwälzen, muß die verhängnisvollsten Folgen zeitigen. Der Kongress erhebt daher gegen diese Maßnahmen und erst recht gegen den Versuch, die staatliche Gewalt zur Wiederherstellung der Arbeitslöhne in Bewegung zu setzen, entschieden Protest. Er erwartet von der Regierung und den militärischen Kommandostellen, daß sie jenen Bestrebungen in keiner Weise Folge leisten. Der Kongress bringt zum Ausdruck, daß er es als eine unabweisbare Pflicht der behördlichen und öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmungen ansieht, den privaten Arbeitgebern in der Gewährung von ausreichenden Löhnen und Gehältern mit gutem Beispiel voranzugehen. Die privaten Arbeitgeber sollten sich vor der beschriebenen Abwanderung ihrer Arbeiter und Angestellten hüten, wenn sie deren Löhne und Gehälter den Ehen vorbildlicher Behörden anpassen. Gestützt auf das vorliegende Beweismaterial über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der einzelnen Industriezweige und der Angestellten aus verschiedenen Bezirken Deutschlands, erklärt der Kongress:

- 1. Die Löhne und Gehälter haben allgemein nicht die Höhe erreicht, wie in der Deffektivität behauptet und von breiten Volksschichten angenommen wird. Für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten müssen die Löhne und Gehälter der gewaltigen Leuerung gegenüber vielmehr als absolut unzureichend bezeichnet werden. In besonderem Maße leiden die Angestellten unter den Wirkungen unzulänglicher Gehälter; sie befinden sich infolgedessen in einer unerträglichen Notlage.
2. Weil die Arbeiter und Angestellten keinen unmittelbaren Einfluß auf die Preisgestaltung der Waren ausüben können, muß ihr Bestreben, durch Erhöhung der Löhne und Gehälter gegenüber der Leuerung einen Ausgleich zu schaffen, als berechtigt anerkannt und von der Regierung

und den militärischen Kommandostellen erwartet werden, daß sie dieser Sachlage volles Verständnis und Wohlwollen entgegenbringen.

3. An Regierung und gesetzgebende Körperschaften wird das Ersuchen gerichtet, Maßnahmen zu treffen, die der immermehr zur Gefahr anwachsenden Preistreiberie und dem Arbeiter mit aller Macht Einhalt gebieten und sie zurückdrängen.

4. Die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen müssen mehr als je zuvor über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse in der Öffentlichkeit aufklären und die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten freudig unterstützende Presse wird ersucht, sie darin nachhaltig zu unterstützen.

In den Mittagestunden kam die Nachricht, daß Kollege, Generalsekretär Stegerwald zum lebenslänglichen Herrenhausmitglied ernannt worden sei und zugleich das Antworttelegramm des Kaisers und Hindenburgs, die mit jubelndem Beifall aufgenommen wurden. Sie haben folgenden Wortlaut:

An das Herrenhausmitglied Adam Stegerwald, Berlin, Lehrervereinshaus, Alexanderplatz.

In treuer Kameradschaft steht die Heimarmee der deutschen Arbeiter unseren auf allen Fronten siegreichen Heeren mit unermüdlichem Arbeiten zur Seite. Das Bewußtsein, daß nur ein glücklicher Ausgang unseres Vorkampfes der deutschen Arbeiterklasse eine erste wichtige Zukunft sichert, wird den Siegeswillen und die Kraft zur Überwindung der schweren Zeit auch weiterhin stärken. Mein Vertrauen in den gesunden Sinn und die Vaterlandsliebe der deutschen Arbeiter kann nicht erschüttert werden. Wilhelm F. R.

Herrn Generalsekretär Stegerwald, Lehrervereinshaus, Alexanderplatz.

Der christlich-nationalen Arbeiterschaft herzlichen Dank für Gruß und treues Wohlwollen. Wir werden siegen, wenn auch in der Heimat jedermann seine Pflicht bis zum Äußersten tut. Hindenburg.

Im weiteren Verlauf der Tagung referierten Staatsminister Dr. Graf von Posadowsky und Kollege Redakteur Gasteiger aus München über

die Herstellung von Kleinwohnungen nach dem Kriege.

Die Redner betonten die Wichtigkeit der Frage für die Minderbemittelten, die nicht allein eine Frage von Dach und Fach sei, sondern auch eine wichtige Frage zur Aufrechterhaltung und Förderung eines gesunden Familienlebens.

Die Gesetzgebung von Reich und Bundesstaaten sowie die in Betracht kommenden Geldinstitute hätten der Bekämpfung von Kleinwohnungsbauten das größte Augenmerk zu schenken. Die Landesversicherungen, Angestellten- und Reichsversicherungen müßten auch fernerhin den gemeinnützigen Wohnbau mit erstklassigen Beleuchtungen unterstützen. Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Krappheitskassen seien zu verpflichten, einen Teil ihres Vermögens dem Kleinwohnungsbaue dienlich zu machen.

Die sich an die Referate anschließende Diskussion ergab noch wertvolle Ergänzungen.

Damit waren die Fragen, die der vierte deutsche Arbeiterkongress als Tagesordnung aufgestellt hatte, erschöpft. Jetzt gilt es, wie Kollege Stegerwald im Schlußwort sagte, jetzt gilt es, die Bahn frei zu machen für die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Jeder Kollege muß da mit helfen. Jeder muß schaffen. Dann marschieren wir.

Mit dem Gesänge „Deutschland, Deutschland über alles“ wurde die Tagung geschlossen.

Arbeiterlöhne — Fabrikgeheimnis?

Fabrikgeheimnis: Wichtige, interne Fabrikationsmethoden eines Betriebes hält man mit Recht vor den begehrten Blicken der Außenwelt. Nur besonders zuverlässigen vielfach sogar nur berechneten Leuten werden Fabrikgeheimnisse und die damit verbundenen Manipulationen anvertraut. Die Entlassung von Leuten von Arbeitern jedoch hielt sich streng als strengster Vorgang ab und auch der Firma Gussow Talbot & Co., Waggonfabrik in Magdeburg blieb es vorbehalten, die Arbeiterlöhne ihrer Betriebe als Fabrikgeheimnis zu proklamieren. Da der damit in Zusammenhang stehende Vorgang allgemeinen Interesse besitzend, sei derselbe an dieser Stelle in seinen wichtigsten Zügen besprochen.

In einer Verhandlung des Schlichtungsausschusses nach dem Hilfsdienstgesetz zu Köln wird bekanntgegeben: Die Arbeiter der Waggonfabrik von der Firma G. Charlier in Köln-Deutz haben den Schlichtungsausschuss als Schlichtungsstelle angetragen, da diese Firma entgegen einer Lohnvereinbarung von 30 Pfg. tatsächlich nur 8-10 Pfg. zuzuschlagen habe. Die Firma machte geltend, daß die Löhne ihrer Arbeiter weder hinter den in der allgemeinen Kölner Industrie üblichen Löhne noch hinter den Löhnen der wichtigsten Waggonfabriken Deutschlands zurückblieben. In dem Punkte der Arbeitsvermittlung beantragte die Firma die Benennung einer Schlichtungsstelle durch den Schlichtungsausschuss und zwar sollte die Waggonfabriken Soltau-Löhren, Berg-Clagen, Düsseldorf-Strahlmühlenthal, sowie die Waggonfabriken Normen, Wölfe und Birsler aus einschlägigen Schlichtungsausschüssen, bezeugt werden. Dem Antrag stimmte der Schlichtungsausschuss zu. In der öffentlichen Verhandlung des Schlichtungsausschusses vom 11. Okt. 1917 wurde bekanntgegeben, daß Angaben über die Bestände der Arbeiter der Waggonfabriken in Düsseldorf, Normen, Wölfe und Birsler zum Vergleich mit Köln-Deutz vorliegen. Die Tabelle ist nachstehend mit dem Schlichtungsausschuss, daß die Bestände der einzelnen Abteilungen der Firma getrennt von der Bestände getrennt wurden und aus diesen Beständen die Lohnmittelpunkte berechnet wurden.

rechnet in. Demnach stellt sich der Lohndurchschnitt der Gesamtbelegschaften

Table with 2 columns: Location and Average Wage per hour. Düsseldorf: 109.8 Pfg. pro Stunde; Bremen: 78.8; Gelsenkirchen: 93.5; Breslau: 79.4; Köln-Deutz: 98.1.

Der Lohndurchschnitt in den Dreiteilungen stellt sich folgendermaßen:

Table with 3 columns: Location, Oberes Drittel, Mittleres Drittel, Unteres Drittel. Düsseldorf: 145.3, 111.3, 72.8; Bremen: 100.7, 78.6, 57.9; Gelsenkirchen: 119.6, 93.7, 67.3; Breslau: 95.2, 79.8, 64.3; Köln-Deutz: 122.7, 107.5, 64.0.

Demnach steht Düsseldorf an erster Stelle. Ihm folgt Köln-Deutz und erst in weiten Abständen folgen die übrigen Städte. Die Firma Weig in Siegen hatte mitgeteilt, daß die Löhne ihrer Arbeiter nicht gut als Vergleichsobjekt herangezogen seien, da ihr Betrieb nicht ausschließlich Waggonfabrikation betreibt.

Die Waggonfabrik Carlud Talbot & Co. in Aachen lehnte eine Beantwortung der Anfrage ab mit dem Hinweis, daß sie die Lohnfrage als Fabrikgeheimnis betrachte. Zudem sei zu befürchten, daß durch Bekanntgabe der Löhne der einzelnen Waggonfabriken Unruhe in der Belegschaft ihres Betriebes erzeugt werden könnte.

Es ist bekannt, daß die Löhne der Arbeiter der Aachener Waggonfabrik nicht im entferntesten Schritt gehalten haben mit der allgemeinen Lohnentwicklung. Sie liegen zu der gesamten Entwicklung der Lohnentwicklung in keinem Verhältnis. Die Aachener Arbeiterkammer sollte aus dem Verhalten der Firma die richtige Lehre ziehen.

Die Differenzen der Firma Waggonfabrik von der Firma G. Charlier, Köln-Deutz, wurden vom Schlichtungsausschuss zur notwendigen Verhandlung zwischen Arbeiterkammer und Firma veranlaßt. Während der Verhandlung wurde die Firma mit ihren Arbeitern und beauftragte

eine weitere Erhöhung von 5 Pfg. pro Stunde, jedoch insgesamt eine Lohnerhöhung von 15 Pfg. erzielt wurde.

Bezeichnend ist, daß Talbot die Löhne als Fabrikgeheimnis bezeichnet. Sie dürften auch wohl auf einer derartig niedrigen Stufe stehen, daß die Befanntmachung die „soziale“ Gesinnung der Firma im „besseren“ Lichte zeigt. Die Arbeiter der Waggonfabrik Talbot werden solange unter den schlechten Löhnen zu leiden haben, bis sie vollständig der Organisation beigetreten sind.

Lohnverhältnisse der Zechenmetallarbeiter.

In den bedauerlichen Begleiterscheinungen dieses furchtbaren Krieges gehört auch die tiefe Wertenerung der Lebensweise. Das deutsche Volk war infolge der starken Vermehrung seiner Volkszahl schon seit Jahren gezwungen, große Mengen an Lebensmitteln und sonstigen Rohstoffen aus dem Auslande zu beziehen. Die Zufuhr aus feindlichen Ländern hörte beinahe vollständig auf. Die lange Dauer des Krieges und die Abwehrmaßnahmen unserer Feinde haben nun bewirkt, daß fast überhaupt keine Einfuhr, oder nur in sehr geringen Mengen mehr zu verzeichnen ist. Wir sind auf unsere eigenen Vorräte und Erzeugnisse angewiesen.

Die so entstandene Knappheit hat große Einschränkungen notwendig gemacht. Die Arbeiterkammer hat diese notwendigen Einschränkungen willig auf sich genommen, wie überhaupt zur Ehre der Arbeiterkammer gesagt werden muß, daß sie sich von keiner anderen Bevölkerungsschicht in vaterländischer Pflichterfüllung hat übertreffen lassen. Auch in Zukunft wollen die Arbeiter ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun.

Andererseits muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß den Arbeitern das Durchhalten vielfach unnötiger Weise recht schwer gemacht wird. Wir erinnern an die vielen Klagen über unregelmäßige und unrichtige Verteilung der Lebensmittel. Sehr viel Not und Erbitterung ist durch die tiefe Steigerung der Preise geschaffen worden. Haben

Wir doch heute mit der Tatsache zu rechnen, daß die Lohn- und Einkommensverhältnisse vieler Arbeiter in gar keinem Verhältnis zu den herrschenden Feuerungsverhältnissen stehen. Dieses trifft vor allen Dingen auch für die Zechenmetallarbeiter zu.

Die Löhne der Zechenmetallarbeiter im Ruhrgebiet schwanken in der Regel zwischen 65 bis 85 Pfg. pro Stunde. Nur vereinzelt werden bis zu 95 und 100 Pfg. pro Stunde verdient. Mit solchen Löhnen ist in der gegenwärtigen Zeit nicht auszukommen. „Der Bergknappe“ in Nr. 34 vom 25. August 1917 bringt eine lehrreiche Aufstellung über die notwendigen Ausgaben einer fünfköpfigen Bergarbeiterfamilie. Trotzdem im Einzelnen sehr niedrige Sätze zugrunde gelegt sind, stellt sich die Gesamtwochenausgabe für Lebensmittel und sonstige unentbehrliche Bedarfsartikel gegenwärtig auf 82,49 Mark. Wie stellt sich nun die Rechnung für die Zechenmetallarbeiter. Man wird nicht nachweisen können, daß dieselben billiger leben könnten. Andererseits ergeben sich folgende Verdienste: Bei einem Stundenverdienst von 75 Pfg. und zehnstündiger Arbeitszeit beträgt der Wochenverdienst 45 Mark, bei 85 Pfg. Stundenlohn 51 Mark pro Woche und selbst, wenn man die höchsten Stundenlöhne von 95 Pfg. zugrunde legt, beträgt der Wochenlohn nur 57 M. pro Woche. Ein Teil der Zechenmetallarbeiter hat allerdings mit zwölfsündiger Arbeitszeit zu rechnen, wodurch das Verdienst sich entsprechend höher stellt, aber auch dann bleibt noch ein Minus von 15 und mehr Mark. Den Zechenmetallarbeitern bleibt weiter nichts übrig, als wie in bedeutlichem Umfange Ueberstunden zu verschaffen — bei längster Ernährungsweise. Es muß in gesundheitsgefährdender Luft meist schwere und schmutzige Arbeit verrichtet werden.

Wer trägt nun die Schuld an den miserablen Verhältnissen? Es ist getöft sehr zu bedauern, daß die Zechenverwaltungen nicht mehr soziales Verständnis an den Tag legen und die Löhne den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen anpassen. Notwendig ist aber, darauf hinzuweisen, daß die größte Schuld die Arbeiter selber trifft. Sahrelange Gleichgültigkeit, Uneinigkeit und eine unwürdige Liebedeuererei gegenüber den Vorgesetzten haben dazu beigetragen, daß die Interessen der Zechenmetallarbeiter nicht wahrgenommen werden konnten und die Zechenverwaltungen den ohne Zweifel berechtigten Wünschen kein Gehör schenken konnten. Sollen die Verhältnisse gebessert werden, dann bleibt den Zechenmetallarbeitern nur die Möglichkeit, sich der Organisation des christlichen Metallarbeiterverbandes anzuschließen. Aufgabe unserer Kollegen wird sein, solange aufklärend zu wirken bis alle Zechenmetallarbeiter für die Organisation gewonnen sind. Nur durch systematische Gewerkschaftsarbeit kann den berechtigten Wünschen Geltung verschafft werden. Die Beteiligung an wilden Streiks und ähnlichen wilden Bewegungen ist aus vaterländischen Erwägungen zu vermeiden — führt in der Regel zu keinem praktischen Ergebnis und kann für die Beteiligten unangenehme Folgen haben. Organisation und Einigkeit lautet die Parole — kein denkender und vorwärtsstrebender Arbeiter darf sich ausschließen.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. November der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11.—17. November fällig.

Krankentatbestätigung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstufungsfällen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Karenzzeit wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstufung kommen wollen.

Aus dem Verbandsgebiet

Gelsenkirchen. Die Quartals-Generalversammlung unserer Ortsverwaltung hier selbst fand am 28. Oktober statt. Bei einem zufriedenstellenden Besuch nahm dieselbe einen erhebenden und interessanten Verlauf. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen, an den in Berlin tagenden 4. Deutschen Arbeiterkongress ein Begrüßungstelegramm zu senden. Den Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal erstattete Gewerkschaftssekretär Kollege Jillekens. Der Bericht zeigte im allgemeinen eine gesunde Entwicklung wie sie vom Ausgang des 2. Quartals erwartet wurde. 1092 Mark konnten an die Hauptkasse mehr abgeliefert werden und der Vorkassensbestand stieg auf 1064 Mark. Bei einem Durchschnitt von zwölf verkauften Beitragsmarken pro Mitglied und Quartal sind immer noch Kollegen, welche mit ihren Beiträgen selbst am Quartalschluß im Rückstande sind. Nicht unbefriedigend ist die Zahl der verkauften Delegiertenmarken zur Mitgliederzahl. Hier handelt es sich um einen Pflichtbeitrag laut Statut Par. 3, Abs. 4. Wer aber dem Par. 8 des Statuts nicht entspricht, schädigt nicht nur die Verbandskasse, sondern verfallt auch zum eigenen Schaden dem Par. 10, Abs. 3b und c. des Statuts. Die Mitgliederzahl hat sich um 80 Prozent gesteigert. 25 Prozent des Mitgliederbestandes stehen zur Zeit im Heresendienst. 45 Kollegen traten im 3. Quartal wieder zum Militär. Erfreulich ist, daß auch ein Teil der Zechenmetallarbeiter Anschluß an den Verband gewonnen hat. Die geringe Fluktuation noch mehr zu dämmen ist eine mit zu lösende Aufgabe. Ein Kollege ist gestorben. Die Versammlung ehrte dessen Andenken in der üblichen Weise. An der nötigen Mitarbeit in der Agitation und als Vertrauensmänner in den Ortsgruppen lassen es die meisten Mitglieder noch fehlen. Dankend verließ Redner die 37 Kollegen, die insgesamt 297 Beschlüsse im Quartal gemacht haben. Hier von Kollege H. 21, S. 19, S. 18, die Kollegen B. S. u. S. je

15, G. 11, S. 8, die Kollegen B., R. S. und R. je 7, B. und S. je 6, die Kollegen Sch., H., S. M., Th. je 5. Diese Kollegen wurden durch Ueberreichung der Verhandlungsmappe besonders geehrt: 10 Kollegen hatten je 4, fünf Kollegen je 3 Aufnahmen gemacht. Insgesamt waren erfolgreich tätig in der Werbearbeit 65 Kollegen. Mehr Gewicht muß in Zukunft noch gelegt werden auf die Gewinnung der Arbeiterinnen und Jugend. Gefördert wurde die Agitation durch Herausgabe von 1000 Flugblättern und 5000 Einladungen zu Versammlungen, deren insgesamt 81 abgehalten wurden. Da der Versammlungsbesuch der Gradmesser des gewerkschaftlichen Lebens ist, muß in einzelnen Ortsgruppen unter Hinweis auf Par. 7, Abs. 1 und 2 des Statuts dieser noch bedeutend gebessert werden. Durch die wachsende Einsicht der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung und der dadurch hervorgerufenen Stärkung derselben, hat naturgemäß der Einfluß unseres Verbandes in Gelsenkirchen gewonnen. Mit ihm muß heute allerseits gerechnet werden. Als Beweis dienen auch am besten die Erfolge betreffs Verbesserungen der Löhne hier selbst. Da kann bis jetzt gebüht werden die Summe von 2562 Mark an Mehrlohn, welcher sich auf 470 Verbandskollegen pro Woche verteilt. Dabei kommen nur acht Betriebe in Frage. Schlechte Löhne liegen noch vor bei den ungelerneten Arbeitern und auch bei einigen Kategorien in den Mittelbetrieben. Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben sodann die Zechenmetallarbeiter. Schlecht ist aber auch in diesen Arbeiterschichten das Organisationsverhältnis. Der Anfang dieses Quartals berechtigt zu der Hoffnung, daß endlich auch ein Wandel auf Seiten dieser Arbeiter eintritt zu ihrem eigenen Wohl. Zum Schluß erwähnte Kollege Jillekens noch eine Reihe aktueller Gewerkschafts- und Lebensfragen, verwies auf den wichtigen Bestoff des Verbandsorgans, und daß es nötig wäre, die neugewonnenen Kollegen mit ihren Familien im Sinne der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu erfassen. Mit einem Appell zur weiteren Mitarbeit in der Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes und der Erzeugung festzuhaltender, schloß Redner seine mit Beifall aufgenommenen Darlegungen.

Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

In der Ansprache wurde das Vorgetragene nochmals unterstrichen. Betont wurde, daß die christlich organisierte Arbeiterschaft nach wie vor in der Heimarmee ihre Pflicht treu erfüllen will. Das Wort Durchhalten soll nicht nur Wort sein, sondern auch in der Tat umgesetzt bleiben. „Sedem das Seine“ und „Gleiches Recht für alle“ soll in Fragen der Ernährung Richtlinie sein. Ueberhaupt nahm die Ansprache ein großes Interesse an Ernährungsmöglichkeit und Preisgestaltung der Lebensmittel- und Bedarfsartikel. Beschlüsse lokaler Natur fanden Annahme. Im besonderen wurden noch besprochen die Lage der Zechenmetallarbeiter und die Durchführung einer Hausagitation. Bevor Kollege Mehr als Vorsitzender die Versammlung schloß, wurden folgende Resolutionen als Niederschlag der Ansprache einstimmig angenommen.

1. Die am 23. Oktober d. J. tagende Quartals-Generalversammlung der Ortsverwaltung Gelsenkirchen des christlichen Metallarbeiterverbandes beauftragt das Kartell der christlichen Gewerkschaften Gelsenkirchens bei den angehenden Stellen dahin zu wirken, daß

- a) der Kartoffelrationssatz baldigt auf 10 Pfund erhöht wird,
- b) es für eine Herabsetzung des zurzeit geltenden Kartoffelpreises eintritt,
- c) mit dem Unfug und Betrug der mit der inländischen Ware durch die Bezeichnung „Auslandsware“ in der Preisfestsetzung getrieben wird, Einhalt geschieht.

Die Forderungen sind gerechtfertigt und möglichst in Berücksichtigung der guten Ernte, wie selbst aus sachverständigen Kreisen zugegeben wird. Sie sind auch geboten mit Rücksicht auf die Knappheit anderer Lebensmittel und der Streichung der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen bei Kartoffeln. Der geltende Preis ist für einen übergroßen Teil der Arbeiterschaft unerträglich, stellt aber auch eine unberechtigte Bereicherung der Erzeuger dar. Die Arbeiterschaft ist gewillt, treu und fest durchzuhalten, es muß aber verlangt werden, daß die verantwortlichen Stellen das Durchhalten erleichtern und geordnete Verhältnisse und entsprechende Preise auf dem Warenmarkt, wenn nötig mit eiserner Macht erzwingen.

2. Das Kartell möge Einspruch erheben gegen die jetzt geltenden Zuschläge auf die Fahrpreise für Eil- und Schnellzüge. Des ferneren gegen die Einschränkung des Personenzugverkehrs an Sonntagen. Diese Maßnahmen sind ein Respektivilegium für die bestehende Volksschichten und treffen in schädigender Weise nur die besitzlosen Klassen. Deshalb sind Maßnahmen zu treffen, die den Verhältnissen der einzelnen Stände Rechnung tragen und demgemäß wirken.

3. Die Generalversammlung hat mit Befriedigung Kenntnis genommen von dem Aufschwung des christlichen Metallarbeiterverbandes. In der Tätigkeit des Verbandes erblickt die Versammlung einen bedeutenden Erfolg hinsichtlich der Verbesserung der Lebensverhältnisse. Deshalb verpflichten sich die Mitglieder, mit allen zu Gebote stehenden, erlaubten Mitteln, besonders aber durch aktive Teilnahme an einer umfassenden Hausagitation dahin zu wirken, daß eine weitere Stärkung des Verbandes und damit ein noch größerer Einfluß im Interesse der Metallarbeiter erreicht wird. Die Versammlung erklärt, weiter im Dienste des Vaterlandes ihre Pflicht in der Heimarmee zu erfüllen, unter Wahrung ihrer Interessen als Arbeiter und Konsumenten im christlichen Metallarbeiterverband.

Langschede. Die Arbeiter der Firma Langscheder Walzwerk haben sich nunmehr auch eine Organisation geschaffen. Es war auch die höchste Zeit, denn die Löhne sind sehr niedrig. Löhne von 4,50 Mark, 5 Mark pro Tag für ältere Arbeiter und Familienväter waren keine Seltenheiten. Die Arbeiterschaft war nun vor die Frage gestellt, entweder auf einen Mehrlohn zu verzichten, oder sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Einige Versammlungen, die stattfanden und Aufklärung schafften, bewogen die Leute, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen. Die Fa. ging nun dazu über, einige Lohnaufbesserungen zu gewähren. Die Arbeiterschaft konnte aber damit nicht zufrieden sein und sie entschied sich für eine nochmalige Lohnaufbesserung.

Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: Die Arbeiter bis pro Tag 3 Mark Lohn erhalten 25 Proz., von 5—8 Mark 20 Proz., von 8—10 Mark 15 Prozent und über 10 Mark 10 Proz. Zulage. Die Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt. Von etwa 120 Arbeiter, die auf dem Werke beschäftigt sind, unterschreiben ca. 80 diese Lohnforderungen, die nunmehr vom Arbeiterausschuß der Firma eingereicht wurden. Eine Verhandlung zwischen Firma und Arbeiterausschuß fand statt und es wurde bis 5 Mark 10 Proz. und über 5 Mark 5 Proz. gewährt ab 1. Oktober. Obwohl die Arbeiterschaft das Entgegenkommen der Firma anerkannte, mußte sie dennoch darauf bestehen, mehr zu erhalten. In einer erneuten Werkstatt-Versammlung wurde der Kollege Steinacker (Menden) beauftragt, sich mit der Firma ins Benehmen zu setzen und zu verhandeln. Dieses geschah und bei dieser Verhandlung kam folgende Verbesserung zustande: Die Löhne bis 5 Mark steigen um 20 Prozent, von 5—8 Mark um 15 Prozent und über 8 Mark um 10 Prozent. Die Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt. Damit war die Arbeiterschaft vorläufig zufrieden gestellt.

Mittlerweile haben sich wiederum eine Reihe Arbeiter der Organisation angeschlossen und wir hoffen, daß es bald möglich ist, die Arbeiterschaft restlos zu organisieren.

Die Arbeiterschaft von Langschede hat eingesehen, daß eine Organisation unbedingt erforderlich ist und sie ist sich darüber klar, daß auch der heutige Lohn noch nicht befriedigend kann. Will sie aber weitere Erfolge erzielen, dann ist wie gesagt, die Organisierung der Leute bis auf den letzten Mann notwendig. Es ist deshalb die Aufgabe der organisierten Leute, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der Letzte der Organisation zugeführt ist.

Wohlan denn Kollegen von Langschede! Auf zur weiteren erfolgreichen Agitation für den christlichen Metallarbeiter-Verband, denn nur dann ist es möglich, eure Interessen zu vertreten.

Münster (Westf.). In keiner Stadt des Westfalenlandes schiumerte die Metallarbeiterschaft so stark wie in Münster. Gerade hier war es dringend notwendig, daß endlich die Arbeiterschaft aufwachte. Im Frühjahre 1917 sollte im Betrieb Stille der Arbeiterausschuß gewählt werden. Da merkte die betreffende Belegschaft es sehr deutlich, daß nur durch die Einführung des christlichen Metallarbeiterverbandes etwas Erschließendes erreicht werden konnte. In gemeinsamer Arbeit mit dem christlichen Holz- und Malerverband ist es uns gelungen, bahnbrechend zu wirken. Leider verstand es die Firma nicht, sich mit dem Arbeiterausschuß über die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft zu verständigen. So mußte der Arbeiterausschuß den Schlichtungsausschuß in Münster in Anspruch nehmen. Für unseren Verband fungierte als Mundanwalt der Kollege Hiemisch aus Bielefeld. Der Arbeiterausschuß hatte im Auftrage der im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine Erhöhung der Löhne und Alfordzüge um 30 Prozent gefordert, weiter eine Neuregelung des gesamten Alford- und Wohnwesens, sowie die tatsächliche Auszahlung der Alfordreise, Bezahlung der Ueberstunden mit 25 Prozent Zuschlag, der Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 bezw. 100 Prozent Zuschlag, so fern es sich nicht um Nachtschicht handelt und ein Mitbestimmungsrecht bei der Verteilung der dem Betriebe zugewiesenen Lebensmittel. In zweieinhalbstündigen Verhandlungen begründeten die Arbeitervertreter und die Firma ihren Standpunkt. Die Firma wies auf die Löhne der städtischen Arbeiter von Münster und bei der Eisenbahnverwaltung hin, denen gegenüber sie bedeutend mehr zahlte; auch sei der Umstand einer allgemeinen Lohnerhöhung hinderlich, daß bei Uebernahme der noch nicht fertiggestellten Aufträge mit einer solchen Lohnerhöhung nicht gerechnet sei. Demgegenüber wiesen die Arbeiter, besonders für das Holz-, Maler- und Anstreichergerwerbe nach, daß die tariflichen Löhne in diesem Gewerbe in Münster bedeutend höher seien, als die Stundenlöhne bei der Firma Stille. Ferner legten sie besonderen Nachdruck darauf, daß bei der heutigen Lohnberechnungsmethode dem Arbeiter es unmöglich sei, nachzuprüfen, welchen Lohn er zu beanspruchen habe, ihm deshalb auch kein Rechtsanspruch gesichert sei. Weiter erhoben sie Einspruch gegen den Paragraph 24 der Arbeitsordnung, der für gewisse Bergünstigungen organisierte Arbeiter ausschließe.

Das Verhandlungsergebnis ist folgendes: 1. Die Forderung der Arbeiter bei Verteilung der Lebensmittel mitzuwirken, war schon vor der Sitzung erfüllt und somit erledigt; 2. der Firmenvertreter erklärte sich bereit, mit dem Arbeiterausschuß weiter über die Lohn- und Alfordberechnungsmethode zu verhandeln und eine Einigung möglichst zu erreichen, dabei den Arbeitern einen Rechtsanspruch auf alle Zulagen usw. zu sichern; 3. die Löhne der einzelnen Arbeiter mit dem Arbeiterausschuß nachzuprüfen und, wo angängig, zu erhöhen, sowie bei dem Auftraggeber darauf hinzuwirken, daß auch bei den laufenden Aufträgen eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter ermöglicht wird; 4. den Paragraph 24 der Arbeitsordnung zu beseitigen; 5. wenn mit dem Arbeiterausschuß keine Einigung zu erzielen ist, auf dessen Wunsch die Vertreter der Arbeiterorganisationen hinzuzuziehen.

Der Schlichtungsausschuß empfahl der Firma und dem Arbeiterausschuß dringend, alles zu versuchen, um eine Einigung über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu erreichen, vor allem auch die gesamte Arbeitsordnung einer Nachprüfung zu unterziehen. Leider verzögerte die Firma die Ausführung. Die gesamte Arbeiterschaft hatte alle Ursache, sich einmal die ernsthafte Frage vorzulegen, wie sollen endlich diese Verhältnisse eine gründliche zeitgemäße Wenderung und Aufbesserung tatsächlich erfahren. Unser Kollege Hiemisch hatte es unternommen, noch einmal in friedlicher Weise eine Regelung zu erreichen. Seine Bemühungen waren mit Erfolg gekrönt. Am 30. August fanden die Verhandlungen mit der Betriebsleitung, Arbeiterausschuß und Organisationsleitern ihren Abschluß. Es wurde schriftlich vereinbart: Mit Rückwirkung ab 1. August werden die Stundenlöhne erhöht. Am 15. Oktober 1917 um 7 1/2 Pfg. und 1. Januar 1918 um weitere 2 1/2 Pfg., ohne Rücksicht auf die am 1. 8. erfolgte und zur Zeit noch erfolgende Lohnerhöhung. Die Regelung der Altersverhältnisse sollen entsprechend der Arbeiteranträge erledigt werden. Mehrlinge erhalten nachfolgende Stundenlöhne im ersten Jahre 10 Pfg., im zweiten 12 1/2, im dritten 17 und im vierten Jahre 20 Pfg., Ueberstunden an

lagen werden mit 25 Prozent Aufschlag vergütet. Für Sonntagsarbeit zahlt die Firma einen Lohnaufschlag von 50 Prozent. Die Neuaufstellung der Arbeitsordnung soll umgehend erfolgen.

Die Arbeiterchaft mußte bei dieser Regelung manche anderen Wünsche bei Seite stellen. Nur liegt es an den Kollegen und Kolleginnen selbst, daß endlich auch in den Münsterischen Betrieben zeitgemäße Entlohnungen stattfinden. Jetzt erst recht muß an dem Ausbau des Verbandes gearbeitet werden. Wie dringend notwendig dies auch für die Zukunft ist, beweist die Tatsache, daß sich unter Koll. Hiemisch an die Betriebsleitung wenden mußte betreffend Lohnzahlung, Aufbesserung der Akkordlöhne und Arbeitsordnung.

Wir sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß alle Kolleginnen und Kollegen nichts unberücksichtigt lassen, auch den letzten Mann oder Frau für die Standesorganisation, den christlichen Metallarbeiterverband, zu gewinnen.

Nieberg-Neuenkirchen. Am Sonntag, den 21. Oktober, fand im kath. Gesellenhause in Nieberg eine öffentliche Versammlung statt, in der der Bezirksleiter und Stadtverordnete Kollege Hirtjeser aus Essen das Thema „Drei Jahre Weltkrieg und unsere Aufgaben in der Gegenwart und Zukunft“ behandelte.

Gegen 5,30 Uhr eröffnete Kollege Klasmeyer aus Gelsenkirchen die gutbesuchte Versammlung. Zunächst bat er um Entschuldigung für die Verzögerung, die wegen der jetzigen unglückseligen Fahrgelegenheit leider nicht zu vermeiden war, und auch den Kollegen Hirtjeser betroffen hätte. Nachdem er alle Besucher herzlich willkommen hieß, erteilte er dem Kollegen Hirtjeser das Wort. In einer eindringlichen und ausdrucksreichen Rede sprach selbiger zunächst eingehend über die Ursache des gegenwärtigen Völkerringens. In klaren Worten führte er den Zuhörern den Zusammenhang unseres Vaterlandes, sowie die Umbauung Deutschlands aus einem landwirtschaftlichen in ein industrielles Land vor, das den Maßstab Englands erreichte. Um allen Anwesenden ein klares Bild über die Notwendigkeit einer reichlichen Munitionsvorsorgung des Heeres zu schaffen, führte er u. a. aus, daß in einer Woche der Sommer-Schlacht dasselbe Quantum Munition verbraucht wurde, wie in den ersten 11 Monaten des Krieges. Auch über den Stand unserer militärischen Lage und den U-Boot Krieg gab der Redner einige interessante Angaben. Lebhaftige Zustimmung bei der Versammlung erregte die Ausführung des Kollegen Hirtjeser, daß die Lohnverhältnisse in gar keinem Verhältnis zu den Erhöhungen der Lebensmittelpreise ständen. Nachdem der Redner noch einige Ausführungen über die bevorstehende Wiedereinführung des Dreifachwahlrechts machte und alle Verbandsmitglieder zum treuen Zusammenhalten ermahnte, ferner die noch nicht organisierten Arbeiter zum baldigen Eintritt in die christl. Gewerkschaften aufforderte, schloß Koll. Hirtjeser die Rede. Der Beifall aller Anwesenden zeigte, wie sehr Kollege Hirtjeser ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion wurde besonders der Aufforderung der christlichen Gewerkschaften in hiesiger Gegend bekräftigt und der Wunsch ausgesprochen, daß sich auch alle Arbeiter recht bald einer christlichen Gewerkschaft anschließen möchten, um nicht den sozialdemokratischen Gewerkschaften freie Hand zu lassen. Nachdem der Leiter Kollege Klasmeyer allen Anwesenden für die rege Teilnahme herzlich dankte, schloß derselbe die anregende Versammlung.

Siegen. Am Sonntag, den 21. Oktober fand hier selbst eine gut besuchte Konferenz der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner unseres christlichen Metallarbeiterverbandes des Kreises Siegen statt. Nach dem Bericht des Gewerkschaftssekretärs Kollegen Maurer hat sich die Zahl der Ortsgruppen und der Mitglieder im Kreise erheblich vergrößert. Selbst die Hochzeitsarbeiter und Eisenmetallarbeiter sind in immer größerer Maße dem Verband beigetreten. Nicht minder stehen die Aufgaben des Verbandes. Die Vorkriegsbedingungen nahmen den breitesten Raum ein. Als Notwendigkeit stellte sich heraus, daß der christliche Metallarbeiterverband in jedem der Kriegsjahre umfangreiche Lohnverhandlungen durchzuführen hat. Die ermittelten Durchschnittslöhne, die im Juni 1915 noch nicht die Höhe der Friedenslöhne wieder erlangt hatten, waren von da bis zum Monat Juni 1916 nur um 6,5 Prozent und hier weiter bis zum Monat Juni d. J. um 27,5 Prozent gestiegen. Zu der gewaltigen Teuerung und zu den ebenfalls fast doppelt so hohen Kriegsgewinnen der Werke stehen diese Löhne in keinem Verhältnis. Durch die erfolgte Stärkung der Organisation und deren Wirksamkeit sind jedoch schon weitere Lohnaufbesserungen erfolgt, oder es können solche Lohnbewegungen noch. Die Tätigkeit des Verbandes zur Sicherstellung der Versorgung war ebenfalls eine umfangreiche. Besondere Beachtung fand u. a. auch eine unter dem M. Begegn an die Kriegsmunitionellen Siegen gerichtete Eingabe, in welcher die militärischen Stellen erneut auf den Ernst der Situation aufmerksam gemacht werden. Wenn die Versorgung im Siegerland im neuen Wirtschaftsjahr nicht eine bessere würde. Auch die jüngste Schlichtung und der Bericht über Verhandlungen mit den Versorgungsbehörden fanden ein großes Interesse und brachte manche Stärkung. Nach der weiteren Berichterstattung über die Vermittlung des vaterl. Hilfsdienstgesetzes im Siegerland folgte eine reichliche und anregende Aussprache der Delegierten, die hauptsächlich die Versorgungs- und Lohnfrage betrafen und mit deren weiteren Vertretung die Verhandlungsführung stark beschäftigt wurde. Im Anschluß daran hielt Delegierter Kollege Schmidt eine interessante Rede über die allgemeinen Aufgaben des Metallarbeiterverbandes im Siegerland und in der Reichsgewerkschaft, der ebenfalls beigewohnt wurde. Auch von dem Kollegen Schmidt, wie auch von den verschiedenen Diskussionsrednern wurde anerkannt, daß die Arbeitervertretung jetzt ungeduldig ist, um die noch nicht erledigten Aufgaben zu erfüllen. In der Diskussion wurde die allgemeine Aufgabe des Metallarbeiterverbandes im Siegerland und in der Reichsgewerkschaft, der ebenfalls beigewohnt wurde. Auch von dem Kollegen Schmidt, wie auch von den verschiedenen Diskussionsrednern wurde anerkannt, daß die Arbeitervertretung jetzt ungeduldig ist, um die noch nicht erledigten Aufgaben zu erfüllen.

Wettingarten (Württ.). Unsere Ortsgruppe hat nach innen und außen gute Erfolge zu verzeichnen. Nachdem die hiesige Arbeiterchaft in stärkerem Maße das Gehalt der Stunde — Anschlag an den christl. Metallarbeiter-Verband Deutschlands — erfasste, hatte auch der neu gebildete Arbeiterausschuß die erforderliche Unterlage und den Rückhalt zur Ausführung seiner Aufgaben. Die Arbeiterausschüsse bedeuten ja nur dann etwas, wenn die Arbeiterchaft als organisierte Masse dahinter steht. Bereits im März 1917 konnte bei der Maschinenfabrik Schas A.-G., wo der größte Teil unserer Mitglieder beschäftigt ist, eine Teuerungszulage von 15 Prozent erreicht werden. Durch eine Eingabe im Mai 1917 erstrebten wir eine Besserung der Löhne selbst. Der Erfolg bestand in einer Lohnerhöhung bis 15 Pfg. pro Stunde.

Die großen Teuerungsvhältnisse zwangen aber die Arbeiterchaft im Juli erneut Stellung zu ihren Lohnverhältnissen zu nehmen. Am 26. Juli wurde durch den Arbeiterausschuß der Firma der Wunsch nach einer Erhöhung der Akkordlöhne um 25 Prozent und Erhöhung der Teuerungszulage um weitere 5 Prozent (von 15 auf 20 Prozent) übermittelt. Das Ergebnis der Verhandlungen, wo die Firma den Arbeiterwünschen sich wie bei den früheren Verhandlungen entgegenkommend zeigte, war folgendes: 1. Die Stunden- und die Akkordlöhne der männlichen Arbeiter wurden eine Erhöhung von 12-30 Pfg. pro Stunde. Die Stundenlöhne der Arbeiterinnen wurden um 5-10 Pfg. erhöht. 2. Die Teuerungszulage wurde von 15 auf 20 Prozent erhöht.

So können wir heute die Tatsache konstatieren, daß dank unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit sich unsere Verhältnisse bedeutend verbessert haben. Diejenigen, die den Gewerkschaftsbeitrag immer noch als „großes Opfer“ ansehen, wurden eines andern belehrt. Der Gewerkschaftsbeitrag ist kein Opfer, sondern gibt, in der Gesamtorganisation verwertet, erst die Grundlage zur Hebung und Sicherung des Lohnverhältnisses und der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes überhaupt. Für alles mögliche und unmögliche zahlen oft Arbeiter Beiträge: das wichtigste aber, die Versicherung ihres Arbeitslohnes vernachlässigen sie oft in der schädlichsten Weise. Dabei ist der Arbeitslohn das, wovon die Arbeiterfamilie leben muß. Der Unorganisierte ist, weil er abseits steht, ein Gegner der Hebung seiner Lage, seiner Familie und seines Standes. Es ist an der Zeit für solche, reiflos umzulernen und sich der Organisation anzuschließen.

Auch auf dem Gebiete der Lebensmittelpreiserhöhung wurde eine reiche Tätigkeit entfaltet. Unsere Kollegen Spring (Wettingarten) und Kessler (Nabensburg) gehören der Lebensmittelliste des Oberamts als Arbeitervertreter an. Eine Reihe guter Erfolge war zu verzeichnen. Auch hier zeigte sich, daß nur die Organisation die Grundlage für eine entsprechende Tätigkeit abgeben kann.

Dieser Gedanke kam auch zum Ausdruck in unserer letzten Versammlung am 15. September, die einen guten Besuch aufwies.

Vorsitzender Kollege Spring konnte hierbei auch unsern Bezirksleiter, Kollegen Gengler (Stuttgart), begrüßen, der in zündenden Worten über: „Gewerkschaftliche Tätigkeit während des Krieges“ sprach. Die Tätigkeit unseres christlichen Metallarbeiter-Verbandes auf materiellem, sozialen und geistigen Gebiete fand lebhaft vor aller Augen, als ein wichtiger Mahnung an diejenigen, die heute es noch fertig bringen, abseits zu stehen. Der wenig burgfriedliche Feldzug der großen Unternehmerorgane gegen die Arbeiterchaft, das Geschrei über die „zu hohen Löhne“ wurde an Hand der wirklichen Lohnentwicklung und der Steigerung der Preise für die notwendige Lebenshaltung gebührend beleuchtet. Demgegenüber wurden die Aufgaben der Arbeiterchaft auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiete hervorgehoben.

Von der Lösung dieser Aufgaben hängt die Zukunft der Arbeiterfamilien, des Arbeiterstandes, ja auch die des Vaterlandes ab. Wir wissen, wozu kommen. Der heute abseits steht, ist ein Waisenkind im Wirtschaftslieben, das bitter des Notstandes und Schutzes der Organisation entbehrt. Wirtschaftlich selbst ist er hilflos. Der Nichtorganisierte bildet ferner ein Hindernis für den Fortschritt und und die gesellschaftliche Entwicklung seines Standes. Wer nicht bei uns ist, ist gegen uns. Das Gesetz gab uns das Koalitionsrecht. Durch das Hilfsdienstgesetz wurde ein Schutz für dasselbe ausgesprochen. Pflicht der Arbeiterchaft ist es, von den gesetzlichen Rechten Gebrauch zu machen und sich zu organisieren. Es ist anzusehen, daß die Erfolge der Organisation im Betriebe und im öffentlichen Leben mit einzusetzen, selbst aber nicht mit. Wer nicht mitarbeiten will an der Hebung seiner eigenen Lage und seines Standes, ist auch keiner Hebung wert. Der Gewerkschaftsbeitrag bringt hundertfältige Früchte. Der alte Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert auch, muß ein nachhaltiges Echo finden und in die Tat umgesetzt werden.

Stärkender Beifall zeigte die Zustimmung zu den trefflichen Ausführungen. Zur Aussprache kamen noch weitere Fragen vorgebracht werden soll. Kollege Spring konnte nach die Mitteilung machen, daß die reiflichen Lohnverhandlungen nahezu abgeschlossen sind. Die Berechnung konnte ferner der Firma nicht ganz zu Ende geführt werden. Unter lebhaftem Beifall wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß alle Mitglieder nun dafür tätig sein sollen, die noch der Organisation fernstehenden dem christlichen Metallarbeiter-Verband zuzuführen. Der abseits stehen will, und trotzdem die Erfolge der Organisierten einseht, verdient in Zukunft keine Berücksichtigung mehr.

Siegen. Ein guter gewerkschaftlicher Geist ist bei der Siegener Arbeiterchaft eingezogen. Bald zwei Drittel der Gesamtarbeiterchaft sind nun im christlichen Metallarbeiterverband organisiert. Das jahrelange Belächeln und Spott wurde durch die Kriegszeit erreicht. Diese Tatsache beweist ziemlich grell die Behauptung unserer Siegener Arbeiterchaft, daß die Arbeiterchaft der Arbeiterchaft. Gleich den großen Industriellen und den großen Bauern, die vereinzelt herantreten, den Arbeiter zu erwecken, als ob die Lohnfrage belanglos „für sich“ sei.

kommt. Bei Firma Heine u. Sohn hier verlangte man für gelernte volljährige Arbeiter 70-90 Pfg.; für gelernte minderjährige Arbeiter 50-70 Pfg.; für volljährige Arbeiterinnen 40-50 Pfg.; für minderjährige Arbeiterinnen 30-40 Pfg.; für Heberstunden und Nachtarbeit die üblichen Zuschläge von 25 und 50 Proz. Diese, für die jetzige Kriegszeit gewiß sehr mäßige Lohnlage kann die Firma angeblich nicht bewilligen, weil ihr dies bei etwa 180 Arbeitern und Arbeiterinnen pro Jahr ein Mehr von 50-60 000 Mark ausmache. Wie klein müssen da die bisher bezahlten „hohen“ Löhne sein. Weil sich die Firma mit dem Arbeiterausschuß nicht einigen konnte, ja die früher dem Kollegen Gengler und dem Arbeiterausschuß gemachten Zusagen nicht einhielt, wurde die Sache dem Schlichtungsausschuß überwiesen.

Bei späteren Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß in Anwesenheit des Kollegen Kuhn ließ ein Angestellter der Firma hinsichtlich des gesetzlichen Schutzes der Arbeiterausschußmitglieder durch das Hilfsdienstgesetz in aller Freundschaft durchblicken, daß das Hilfsdienstgesetz auch einmal wieder beseitigt werde. Wenn damit gesagt sein soll, daß man es den Vertretern der Arbeiterchaft in den Arbeiterausschüssen nach Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes vergelten will, daß sie jetzt ihre Pflicht und Schuldigkeit tun im Arbeiterinteresse, so möchten wir jetzt schon die Herren Arbeitgeber, die ähnliches im Sinne haben, darauf hinweisen, daß der Schutz für diese Arbeiter, die jetzt ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, auch nach dem Kriege nicht aufhört, und daß auch nach dem Kriege alle kleinlichen Maßnahmen in dieser Hinsicht ihre Wirkung finden werden.


Bei der Firma Hummel und Ketterer, deren Arbeiterchaft samt und sonders im christlichen Metallarbeiterverband organisiert ist, wurde durch die Arbeiterchaft eine sofortige vorläufige Lohnerhöhung von 2-5 Pfg. pro Stunde erzielt und tritt eine nochmalige Lohnerhöhung mit 1. Dezember d. J. ein.

Ein großer Teil der Arbeiterchaft Böhrnbach hat es eingesehen, daß mit Schindlers und Konsorten hinter dem Bierglas die Lage der Arbeiterchaft nicht gebessert wird, daß aber durch tatkräftiges Arbeiten durch die Organisation die Interessen der Arbeiterchaft am besten gewahrt werden. Die Arbeiterverhältnisse auf dem Schwarzwalde werden in Hinblick der Bezahlung und Behandlung um so bessere werden, je eifriger und geschlossener die Arbeiterchaft dasteht, das mögen sich diejenigen merken, die trotz allem, dem Verbände noch fernstehen. Darum muß für uns Organisierte die Lösung sein: alles herangeholt zur Mitarbeit im christlichen Metallarbeiterverband.

Versammlungs-Kalender

- Samstag, den 10. November 1917:**
 - Duisburg-Mendorf, 8 Uhr bei Schwere, Oststraße.
- Sonntag, den 11. November 1917:**
 - Methhausen, 4 Uhr bei Portmann.
 - Freimersheim, 7 Uhr bei Heinrich Dabusch.
 - Duisburg-Stadt, 5 Uhr bei Bouis, Wilhelm Zell und Tiergartenstraße-Edel.
 - Duisburg-Meiderich, 5 Uhr bei Kleine Natland.
 - Dugholz, 11 Uhr bei Klapper. Jugendlige sind besonders eingeladen.
 - Düsseldorf, 5 Uhr Versammlung bei Knochmann, Anlestraße.
 - Duisburg-Beck, 11 Uhr Mitgliederversammlung beim Wirt Josef Zimmer. Vortrag des Koll. Mehr. Uebersicht wichtig. Kellner darf fehlen.
 - Überhausen-Weß, 4,30 Uhr bei Treuthammer, Duisburgerstraße. Vortrag des Koll. Hirtjeser-Essen.
 - Gattingsen-Weß, 5 Uhr bei Urveller.
 - Hüdenfeld, 10,30 Uhr bei Nicolas (Gasthof zum Adler).
 - Gerne, 11 Uhr bei Gierdes, Wischerstr. 1. Vortrag des Kollegen Zillekens, Gelsenkirchen.
 - Schalksmühle, 5 Uhr bei Sedder. Wichtigster Vortrag des Kollegen Uef. Vollständiges Erscheinen dringend erforderlich. Verbandsblätter mitbringen.
 - Siegen. Jeden zweiten Sonntag (11. Nov.) im Monat, vormittags 10,30 Uhr Mitgliederversammlung im neuen Vereinslokal Jung, Sandstraße 54-1. Dasselbst auch jeden Sonntag vormittags von 10,30 Uhr ab zwanglose Zusammenkunft der Mitglieder. Alle Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Mitglieder werden im Interesse unserer Bestrebungen dringend gebeten, an diesen Versammlungen und Besprechungen zahlreich teilzunehmen.
 - Menden, 5 Uhr Generallerversammlung bei Knoke.
 - Wefig, Suedwig, 11 Uhr bei Straas.

Gemeinnützige



Deutsche Volksversicherung.

Wer

Frau und Kinder für seinen Todesfall schützen und sich für sein Alter oder für die Ausbildung, Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder ein Kapital bis zu 2000 M. sichern will, wolle die besonders günstigen Tarife unserer gewinnbringenden Volksversicherung.

Anfragen stellen an: **Generalsekretariat d. Christl. Gewerkschaften, Ebn a. Rh., Beulertwall 9.**

Arbeiter willkommen!

Unentbehrlich

für jeden

Dreher

ist die Verhältnis-Tabelle zum Bearbeiten von Gewinden ohne 127er Rad von Fr. Fuchs-Essen Preis 1,50 Mark.

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Verbandes in Essen, Frohnhäuserstr. 19.

Tüchtiger

Werkzeugschlosser

gesucht, der mit der Einstellung und der Handhabung automatischer Revolverbänke vertraut sein muß.

Fr. Wollenweber & Söhne

Dieringhausen, Bez. Köln, Rhld.

Kollegen

agiert für den

Verband!